



# #Future For Farmers



Der Hashtag #FutureForFarmers visualisiert die 7 Kernanliegen für eine zukunfts-fähige Landwirtschaft, die der DBV unter Mitwirkung von Copa-Cogeca anlässlich des informellen Agrarrates in Koblenz Anfang September mit einer Social-Media-Kampagne verdeutlicht hat.

Design: Philipp Weiser

## #FutureForFarmers

**Bernhard Krüsken**

Kurz vor dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe ist der informelle EU-Agrarrat in Koblenz zu Ende gegangen. #FutureForFarmers – das war und ist der Hashtag für eine konstruktive Debatte um die zukünftige Agrarpolitik, für eine gestaltende GAP, für die Forderung nach einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Landwirtschaft, gegen die fiskalischen Übergriffe vonseiten anderer Politikbereiche und für ein Signal an die europäischen Agrarminister: Ihr habt Rückendeckung im Verteilungskampf um eine stabile Finanzausstattung für die GAP und für ein wachsendes Agrarbudget.

### Koblenzer Erklärung: Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik

Der DBV und seine Landesverbände haben dieses Kampagnenmotiv intensiv bespielt; der europäische Bauernverband COPA als Vertretung von über 60 Landwirtschaftsorganisationen war in Person seines Präsidenten mit dieser Botschaft vor Ort. Mit der hier nochmal abgedruckten „Koblenzer Erklärung“ ist der DBV in diesen Agrarrat gegangen und hat klare inhaltliche Botschaften für die Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik gesetzt und eine Perspektive für die Landwirtschaft eingefordert. ➔



Der informelle Agrarrat fand in Koblenz statt und damit im Verbandsgebiet des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau, der mit Plakaten für begleitende Bildmotive gesorgt hat. Foto: Krick/agrar-press.de

# 7 Kernanliegen für den EU-Agrarministerrat in Koblenz

**Der Deutsche Bauernverband hat anlässlich der informellen Tagung der EU-Agrarminister am 1. September 2020 in Koblenz an den EU-Agrarministerrat, das Europäische Parlament und die EU-Kommission appelliert:**

## **1. Im „Green Deal“ aus der Coronakrise lernen: Ernährungssicherung voranstellen.**

Die Erfahrungen der Corona-Krise zeigen, wie wichtig eine eigenständige, wettbewerbsfähige und qualitativ hochwertige Erzeugung von Lebensmitteln aus den Händen europäischer Bauern ist. Dies wird bisher im Green Deal und in der Farm-to-Fork-Strategie völlig vernachlässigt. Will die EU mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bis 2050 erreichen, muss sie vorrangig die heimische Erzeugung halten und eine Abwanderung auf andere Kontinente vermeiden. Die Landwirte erwarten in einem gesellschaftlichen und medialen Umfeld eines „Agribashing“ dringend politische Signale, dass ihre Arbeit auch in Zukunft noch wertgeschätzt wird. Maßnahmen zur Stabilisierung der heimischen Erzeugung sind auf den Weg zu bringen.

## **2. Bedarfsgerechter Pflanzenschutz und Düngung zur Sicherung der Ernten.**

Die EU muss in der Farm-to-Fork-Strategie und in der Biodiversitätsstrategie auf Lösungsstrategien statt auf politisierte Reduktionsziele setzen. Der Schutz der Kulturpflanzen für Ertrag und Qualität bleibt unverzichtbar. Daher müssen der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und eine bedarfsgerechte Düngung möglich bleiben. Werden neue Auflagen diskutiert, sind zunächst Folgenabschätzungen für die Ernährungssicherung notwendig. Im Sinne von Verbrauchern und Landwirten ist es besser, statt Verboten einen kontinuierlichen Optimierungsprozess bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln zu beschreiten. Dazu zählen der Einsatz von digitalen Techniken, biologischen und mechanischen Verfahren sowie von neuen Züchtungsmethoden (z. B. „Gen-Schere“).

## **3. Entscheidung über die GAP-Förderung zügig treffen.**

Der Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Juli 2020 über den Finanzrahmen ermöglicht die Fortführung einer starken GAP für Landwirte und ländliche Räume bis 2027. Angesichts der vielen Herausforderungen an den Märkten, im Klimawandel, im Ressourcenschutz und beim Generationswechsel ist das Agrarbudget gleichwohl knapp bemessen. Auf dem Weg zu einer „grüneren GAP“ muss das Ziel der Einkommenssicherung für Landwirte gewahrt bleiben. Nur wirtschaftlich stabile und wettbewerbsfähige Betriebe können die Erwartungen nach höheren Leistungen im Umwelt- und Naturschutz und beim Tierwohl erfüllen. Die Landwirte erwarten eine zügige Klärung der offenen Punkte, damit die neue GAP ab 2023 starten kann.

## **4. Gemeinsame Standards im Gemeinsamen Markt.**

Für einen fairen Wettbewerb im EU-Binnenmarkt müssen die rechtlichen Anforderungen und Standards der landwirtschaftlichen Erzeugung stärker vereinheitlicht werden. Nationale Alleingänge müssen unterlassen werden. Das betrifft vor allem die Bereiche Tierhaltung/Tierschutz, Pflanzenschutz und Düngung sowie Umwelt- und Gewässerschutz. Um den Green Deal handelspolitisch konsistent zu flankieren, dürfen Agrarimporte aus Drittländern die hohen und kostenintensiven EU-Standards im Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz nicht unterlaufen.

## **5. Mehr Tierwohl über eine Haltungs- und Herkunftskennzeichnung.**

Das hohe Standardniveau europäischer Agrarprodukte muss für die Verbraucher besser sichtbar werden. Deshalb benötigt die EU einen Rahmen für Vermarktungsstandards in Verbindung mit einer verpflichtenden Herkunfts- und Haltungsformkennzeichnung bei tierischen Produkten. Dies sollte für Verarbeitungserzeugnisse und Fleischwaren im Handel und ebenso für Großverbraucher und Gastronomie gelten. Generell müssen europäische und nationale Erzeugnisse für die Verbraucher klar erkennbar sein. Importware aus Drittländern muss als solche gekennzeichnet werden.

## **6. Honorierung für höhere Anforderungen bei Umwelt und Tierwohl.**

Die Landwirte sind oftmals das schwächste Glied in der Lebensmittelkette. Statt die Kosten gesellschaftlicher Anforderungen auf die Landwirte abzuwälzen, muss ein Ausgleich bzw. Einkommen für zusätzliche Leistungen im Ressourcenschutz und für mehr Tierwohl geschaffen werden. Die Bezahlung dieser höheren Standards im Vergleich zum Weltmarkt muss im EU-Wettbewerbsrecht, im EU-Beihilferecht und in internationalen Handelsabkommen der EU abgesichert werden.

## **7. Klimaneutrale EU 2050 ist nur mit der Land- und Forstwirtschaft erreichbar.**

Die Land- und Forstwirtschaft hat beim Klimaschutz eine besondere Rolle. Ihre elementare und absolut unverzichtbare Aufgabe ist die Versorgung mit Lebensmitteln. Hinzu kommen der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Nutzung von Bioenergie. Eine „Netto-Null“ bei den Klimaemissionen ist nur machbar, wenn unvermeidliche Emissionen durch Kohlenstoffspeicherung („Senken“) an anderer Stelle ausgeglichen werden. Dazu muss die Land- und Forstwirtschaft als Klimadiensteleister aktiviert werden, u. a. zur Humusbildung in Böden und im Waldaufbau. Die Senkenleistung der Land- und Forstwirtschaft muss im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanziell entlohnt werden. Daneben bestehen weitere Potenziale in der Steigerung der Klimaeffizienz der Erzeugung (weniger Lachgas und Methan), in der Bioenergie und bei nachwachsenden Rohstoffen.

Berlin, 24. August 2020



DBV-Präsident Joachim Rukwied mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner beim informellen Agrarrat in Koblenz.

Foto: Axel Finkenwirth



Am Rande des informellen EU-Agrarrats fanden auch Gespräche mit den EU-Agrarministern statt – im Bild DBV- und COPA-Präsident Joachim Rukwied mit dem französischen Landwirtschaftsminister Julien Denormandie. Foto: Dr. Simon Schlüter

### Konstruktiver Dialog punktet

Dennoch, dieses europäische Format ist lange Zeit nicht Ziel und Gegenstand so vieler Demonstrationen gewesen. Große und kleine Bewegungen, Splitter- und Randgruppen haben neben-, mit- und gegeneinander demonstriert und ein für Außenstehende eher merkwürdiges Bild abgegeben. Das Geschehen vor Ort – außerhalb des eigentlichen Ministertreffens – sah mehr nach Demo-Kirmes aus als nach ernsthafter politischer Aktion und hat so der Landwirtschaft bestimmt nicht geholfen. Einige Gruppen hatten offenbar überhaupt nicht verstanden, worum es bei diesem Rat der europäischen Agrarminister geht, und traten an mit viel Wut und Empörung über nationale Themen – sicher zum Teil berechtigt, aber für diese Zielgruppe irrelevant und völlig unverständlich. Es blieb für manchen Beobachter leider nur der Eindruck haften, dass einige Gruppen in der deutschen Landwirtschaft gerne durcheinanderreden (oder zum Teil durcheinanderschreien) und mit der Einordnung von politischen Sachverhalten so ihre Schwierigkeiten haben.

### Was bleibt als Fazit?

Was als Fazit bleibt: Wenn man politisch etwas für die Landwirtschaft bewegen will, reicht es definitiv nicht, in seiner eigenen Filterblase den Wettbewerb um die radikalste Ablehnung der bestehenden Verhältnisse zu gewinnen,

- eine Position einzunehmen oder eine steile Forderung zu stellen,
- möglichst viele persönliche Verunglimpfungen auf die Bühne (oder auf den Sattelaufleger) zu bringen,
- möglichst laut herumzubrüllen und die eigene Gruppe gegen den gesamten Rest der Welt in Stellung zu bringen,
- oder diejenigen zu beschimpfen, die noch etwas für die Landwirtschaft oder für ein gut ausgestattetes Agrarbudget tun können.

### Worauf kommt es an?

- Wichtig ist vielmehr,
- mit klaren und einheitlichen Zielen in der Sache anzutreten,
  - politische Mehrheiten zu organisieren,
  - mit den passenden Themen zur richtigen Zeit am richtigen Ort aufzutauchen,
  - Lösungen zu platzieren, die in der Verhandlung eine Chance auf Umsetzung haben,
  - potenzielle Verbündete zu unterstützen,
  - Kritik und Forderungen so einzubringen, dass sie am Ende des Tages gesetzgeberisch, agrar-, finanz- oder förderpolitisch umgesetzt sind und für die Betriebe wirtschaftliche Realität sind.

### Als Einheit stehen

Natürlich schaffen der Beifall und die starke Wahrnehmung in der eigenen Gruppe Zusammenhalt und Motivation – aber das nützt alles nichts, wenn die mediale, politische und gesellschaftliche „Außenwelt“ das alles nicht mitbekommt oder es im Ansatz nicht versteht und mit Ablehnung reagiert. Wenn die Landwirtschaft es nicht hinkommt, auch am Rande solcher Anlässe ein schlüssiges Bild abzugeben, bleibt sie in der Rolle des bestenfalls unverständenen Zaungastes.



Im Rahmen der Social-Media-Kampagne #FutureForFarmers haben die Präsidenten der Landesbauernverbände und die PräsidentInnen der europäischen Bauernverbände im Vorfeld des informellen EU-Agrarrates in Videostatements an die Agrarminister appelliert, sich für eine zukunftsfähige Landwirtschaft einzusetzen. Im Bild eine Auswahl von Statements: oben links Christiane Lambert, französische Bauernpräsidentin FNSEA, rechts Walter Heidl, Bayerischer Bauernpräsident, unten links Michael Horper, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau, rechts sächsischer Bauernpräsident Torsten Krawczyk; alle Videos online unter <https://bit.ly/2Z1csom>. Überdies haben die Landes- und die Kreisbauernverbände anlässlich des Agrarministertreffens Deutschlandweit Abgeordnete zum regionalen „Europafrühstück“ eingeladen, um mit ihnen über die Kernanliegen der Landwirtschaft ins Gespräch zu kommen.